

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

3 (16.1.1947)

# BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 3

Mannheim, 16. Januar 1947

Preis 10 Pfg.

## Abbau der Schwerarbeiterzulagen geht weiter

Seit Monaten verfolgen die Arbeiter aus Mannheim und Karlsruhe mit Sorge und voller Zorn die immer wiederkehrenden Ansätze zu einer Kürzung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulage. Die Gewerkschaften hatten in anerkannter Weise wiederholt durch ihren Einspruch unmittelbar bevorstehende Kürzungen zu verhüten vermocht. In aller Ohr ist noch der alarmierende Appell des Gewerkschaftsvorsitzenden Paul Schreck, den dieser im Vorparlament an die dort anwesenden verantwortlichen Minister richtete und dabei auf die besondere Notlage der betroffenen Städte hinwies.

Seit dem Bestehen des Landtages haben sich auch die kommunistischen Abgeordneten von Nordbaden eingeschaltet, um den neuerdings geführten Schlag gegen die Schwerarbeiter abzuwehren. Gleiche Bemühungen haben die Gewerkschaften und die Betriebsräte unternommen. Während eine Instanz sich auf die andere (nächst höhere) beruft, werden die Streichungen von Zulagekarten fortgesetzt. Unsere Abgeordneten sahen sich daher veranlaßt, nochmals bei dem Länderratsbeauftragten für Ernährung, Dr. Dietrich, vorzusprechen. Sie wiesen mit aller Eindringlichkeit auf die untragbare Härte dieser Maßnahme und auf die in den Betrieben ausgelöste Beunruhigung hin.

Eine Anordnung auf Weitergewährung der Zulagen in der bisherigen Höhe konnten unsere Abgeordneten nicht erreichen.

Die Streichung der Schwerarbeiterzulagen ist in vielen Betrieben bereits durchgeführt. Die betroffenen Arbeiter werden sich nicht mit Beschwichtigungen zufrieden geben. Sie werden sich durch das Versteckspiel hinter dem Rücken des jeweils Größeren nicht irreführen lassen. Sie wenden sich an die verantwortlichen deutschen Stellen und fordern Antwort auf folgende Fragen:

1. Was wurde bis jetzt getan, um aus den mit der Ernährung betrauten Stellen alle Nazis und Reaktionäre zu entfernen?
2. Was wurde getan, um den fast unverändert fortbestehenden Reichsnährstand endlich zu beseitigen und dessen Funktionen wirklichen bäuerlichen Volksvertretern zu überlassen?
3. Was wurde getan, um einen planmäßigen Ausbau notwendiger und hochwertiger Nahrungsmittel zu gewährleisten?
4. Was wurde getan, um eine sorgfältige Erfassung der vorhandenen Vorräte und der Erzeugung zu sichern und eine gerechte kontrollierte Verteilung zu garantieren?
5. Wurde frühzeitig genug für jede Wirtschaft eine nach Betriebsgröße und Bodenqualität berechnete Ablieferungsquote festgelegt?
6. Was wurde unternommen gegen die Grundbesitzer und gegen die Landwirte, welche die Ablieferung einfach sabotierten?

Sollen wir die Antwort vorwegnehmen? Man kann von einem Gutsbesitzer nicht erwarten, daß er seinen Standesgenossen weh tut. Kann man von dem Freund des Erreaktionärs Schlange-Schöningsen fortschrittliche, demokratische Taten erwarten? Hätte Dr. Dietrich auch nur einige dieser von den Kommunisten schon seit mehr als einem Jahre geforderten Maßnahmen durchgeführt und sich dabei auf die wirklichen Demokraten, Vertreter der kleinen Bauern und der Arbeiter gestützt, dann stünden wir heute nicht vor der Tatsache, daß ausgerechnet den schwerst arbeitenden Menschen etwas von ihrem Wenigen abgezwickelt wird. Es ist eine Verhöhnung unserer jungen Demokratie, wenn diejenigen, auf deren Schultern die Hauptlast des Wiederaufbaus liegt, als erste neue Opfer bringen sollen.

Nicht genug damit, es wird nach der Besserung der Wetterlage aller Anstrengungen bedürfen, um die durch den jetzigen Produktionsausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Wir haben nicht die Überzeugung, daß Dr. Dietrich mit aller Eindringlichkeit seiner Pflicht, diesen Schlag abzuwehren, nachgekommen ist. Wir glauben nicht, daß er wirklich nichts unversucht ließ, um den Arbeitern in Mannheim und Karlsruhe zu helfen.

Am 15. Januar beginnt der neue Landtag seine Tätigkeit. Wir Kommunisten werden darüber wachen, daß die in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Maier zugesicherte gerechte Verteilung der Lebensmittel auch Tatsache wird. Das heißt: Wer am schwersten arbeitet, soll auch am meisten zu essen haben.

## Am Grabe Karls und Rosas

Von Erich Weinert

Wir gingen oft in langer Reih'  
Schweigend an eurem Grab vorbei.  
Und rote Blüten regneten  
Aus tausend Händen ins Gesträuch,  
Auf daß wir euch  
Mit unserer Liebe segneten.

Wir wurden alle Jahre mehr.  
Wir wurden unbequem.  
Da stand der Feind mit dem Gewehr.  
Gewehre trieben uns nicht fort.  
Denn aus dem Grabe kam das Wort:  
Trotz alledem!

Wir kamen wieder, nicht voll Gram;  
Wir kamen wie ein Heer.  
Das Wort, das aus dem Grabe kam,  
Das hat sich uns ins Herz gebrannt.  
Hat uns ermutigt und ermannt.  
Wir wurden mehr.

Wir wurden mehr. Doch unser Feind  
Brach heimlich über uns herein.  
Er riß vom stummen Grab den Stein.  
Und trat in wilder Wut  
Die Blüten in die Erde ein  
Und säte Blut.

Doch alle Jahre blüht es neu.  
Der Fremde steht und flüstert schau:  
„Hier war ein Grab. Von wem?“  
Der andre flüstert: „Hörst du nicht,  
das Wort, das aus der Erde spricht:  
Trotz alledem!“

Ihr Leichenschänder ohne Scham,  
Das Wort, das aus dem Grabe kam,  
Klingt auch nicht angenehm.  
Karl Liebknecht lebt in unsern Reih'n.  
Hell über Deutschland donnert sein  
TROTZ ALLEDEM!

## Betriebsstillegungen infolge Strommangel

Die angekündigten Betriebsstillegungen haben dazu geführt, daß ein großer Teil der Arbeiter ohne Arbeit geblieben ist. Nur ein kleiner Teil konnte weiter arbeiten, andere sind mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit trifft besonders die Frauen, für die in den meisten Fällen keine Arbeit da ist.

## Nur durch Einheit zum Sozialismus

Im kommenden Jahre steht vor den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern in der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone die große Aufgabe ihrer Vereinigung zu einer einheitlichen sozialistischen Partei. Die gleiche Aufgabe steht vor den sozialistischen Arbeitern in Groß-Berlin. Ohne diese Vereinigung wird die Reaktion nicht geschlagen, der Faschismus nicht ausgerottet und der Friede nicht gesichert, wird die Demokratie nicht entfaltet und ein einheitliches antifaschistisches und demokratisches Deutschland nicht aufgebaut, wird der Sozialismus nicht verwirklicht werden. Nur durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien wird die Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.  
Wilhelm Pieck.

## Unsterbliche Opfer ...

Am 15. Januar 1919 fielen durch Mörderhand die unvergeßlichen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, die Gründer des Spartakusbundes und der kommunistischen Partei Deutschlands, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Mit ihrer Ermordung begann der Leidensweg der deutschen Arbeiterklasse, der über den Niedergang der Weimarer-Republik in die Katastrophe des Hitlerfaschismus führte. Die jüngere Generation weiß nichts, oder nicht viel von diesen großen und unerschrockenen Politikern, deren ganzes Wirken daraufhin gerichtet war, die gesellschaftlichen Grundlagen für ein neues fortschrittliches Deutschland zu schaffen. Es war Hochverrat in den letzten 12 Jahren auch nur ihren Namen zu nennen. Ihre Grabstätten wurden zerstört, denn man fürchtete, daß aus ihrem Grabe neue Flammen auf die geknebelte deutsche Arbeiterschaft überspringen könnten.

Entwaffnung der Reaktion, Enteignung der Konzerne, Enteignung der Junker, Herstellung einer einheitlichen und unteilbaren Republik, das waren die Losungen, unter denen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ohne Unterlaß die Massen zum Kampf für ein neues demokratisches Deutschland zu gewinnen suchten. Dafür mußten



sie sterben und tausende Kämpfer gegen Krieg und Militarismus, für Fortschritt und Demokratie mit ihnen. In dem grauenhaften Chaos, in welches uns der Hitlerfaschismus gestürzt hat, erscheinen uns diese beiden Großen der Arbeiterbewegung als die großen und konsequentesten Vorkämpfer für ein Deutschland, in dem für Militarismus, Reaktion und Imperialismus kein Raum ist, und das, auf dem festen Fundament einer kämpferischen Demokratie stehend, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern unterhält.

Karl Liebknecht wurde am 13. August 1871 in Leipzig geboren, zur selben Zeit, als sein Vater Wilhelm Liebknecht mit August Bebel unter der Anklage des Hochverrates stand. Er wuchs auf in einem Hause, in dem die Tradition der 48er Revolution des Kampfes um die Republik lebendig waren, und zu seinen stärksten Eindrücken gehörten die Verfolgungen durch das Sozialistengesetz und der große Aufstieg der Sozialistenbewegung. Karl Liebknecht studierte in Leipzig Jura und ließ sich 1899 in Berlin als Anwalt nieder, wo er in zahlreichen politischen Prozessen auftrat. 1907 war er einer der ersten Sozialisten, die in das preußische Abgeordnetenhaus einzogen.

Der Name Karl Liebknechts ist untrennbar verbunden mit der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung. Der durch den Imperialismus heraufbeschworenen Kriegsgefahr und dem Militarismus galt sein besonderer Kampf und zu einem Werkzeug dieses Kampfes suchte er die internationale Jugendbewegung, zu deren Gründern und Führern er gehörte, zu machen. Auf der ersten internationalen Jugendkonferenz 1907 in Stuttgart, auf der die sozialistische Jugend-Internationale gegründet wurde, hielt Karl Liebknecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er die Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

zur Jugend und trug ihrem Verfasser 1 1/2 Jahre Festung wegen Hochverrat ein.

Im Jahre 1911 zog Liebknecht als Abgeordneter in den Reichstag ein und war dort der Sprecher für die Interessen der Arbeiterjugend. Einen Weltskandal rief Karl Liebknecht durch die Aufdeckung der internationalen Versippung der Rüstungsindustrie, ihrer korrupten Beziehungen zu den Militärbehörden und der Vorbereitungen für den Krieg hervor.

Karl Liebknecht wuchs zur symbolischen Gestalt, vor allem durch seine mutige Tat in der Reichstagsitzung vom 2. Dezember 1914, bei der er als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte. Sein Name wurde zum Losungswort des internationalen Proletariats durch seinen unerbittlichen Kampf gegen den Krieg im Parlament und in der Öffentlichkeit. In Verbindung mit Rosa Luxemburg und Klara Zetkin, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und anderen sammelte er die Opposition gegen die Kriegspolitik der SPD-Führung. In den „Spartakusbroschüren“ und Flugblättern der Gruppe „Internationale“ rief er zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf. Er rief: „Der Feind steht im eigenen Land“, und der Hauptfeind, das war der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei und die deutsche Geheimdiplomatie. Im März 1915 wird Karl Liebknecht als Armierungssoldat mobilisiert. 1916 im Verlauf einer Reichstagsitzung ausgeschlossen, hatte er fernerhin keine Möglichkeit mehr die Tribüne des Reichstags für seinen Kampf gegen den Krieg zu benutzen.

Am 1. Mai 1916 sprach Karl Liebknecht auf einer machtvollen Antikriegskundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin, bei der er ausrief: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Es lebe der Frieden!“ Des Hochverrats angeklagt, wird er zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

1918 aus dem Zuchthaus befreit, nahm er sofort die Vorbereitung der Revolution auf. Er entfaltete eine gewaltige, anfeuernde Tätigkeit unter den Berliner Arbeitern und Soldaten. Er nimmt an der Gründung der „Roten Fahne“ und der Kommunistischen Partei Deutschlands teil. Am 14. Januar 1919 mit Rosa Luxemburg verhaftet, wird er wie sie von einer Offiziersbande bestialisch ermordet. Karl Liebknecht war die Flamme der deutschen Revolution. Er war kein Theoretiker, er war ein großer Rufer zu Taten gegen Militarismus, Reaktion und Krieg. Während ergeht der Ruf Karl Liebknechts auch an unsere Zeit. „Frieden wird nur sein, wenn wir mit aller Konsequenz kämpfen für die Entmachtung der Reaktion, für die Enteignung der Junker, Konzernherren und des Rüstungskapitals, für ein freies demokratisches und unteilbares Deutschland.“

Rosa Luxemburg, 1871 in Russisch-Polen geboren, gehörte schon als Gymnasiastin zu einem Kreis sozialistischer Jugend. Sie mußte aus Polen fliehen und studierte in Zürich Rechtswissenschaft. Bald beherrschte sie die marxistische Methode wissenschaftlicher Forschung und politischer Aktionen und ging nach Deutschland, wo sie in vielen Zeitungen und theoretischen Zeitschriften den Kampf gegen die reformistischen und revisionistischen Verfälschungen des Marxismus aufnahm. Sie stand ohne Schwanken auf dem linken Flügel der sozialistischen Internationale, zusammen mit Karl Liebknecht, Klara Zetkin, Franz Mehring und anderen. Sie schrieb umfassende nationalökonomische Werke

wie „Die Akkumulation des Kapitals“ und „Einführung in die nationale Oekonomie“ und kämpfte unermüdlich gegen die Verfälschung des Marxismus für eine konsequente Klassenpolitik der Arbeiterbewegung. Als Karl Liebknecht im Reichstag das Signal des Kampfes gegen den Krieg nach außen gab, ergab sich die klare Haltung Rosa Luxemburgs aus den früheren programmatischen Auseinandersetzungen um den Sozialismus. Rosa Luxemburg trat in hundert von Versammlungen auf, gründete mit Liebknecht, Mehring und Zetkin den Spartakusbund, gab mit Franz Mehring die „Internationale“ heraus und verfaßte zahlreiche Flugblätter und aufpeitschende Aufsätze für die „Spartakusbroschüren“. 3 1/2 Jahre saß sie während des Krieges im Gefängnis. Dort entstanden jene wundervollen Briefe aus dem Gefängnis, die uns Rosa Luxemburg als einen wunderbaren Menschen mit ganz seltener Wärme und einer unendlichen Zartheit und Herzengüte zeigen. Trotz Kerkergittern blieb sie der kämpfenden Arbeiterschaft verbunden. Im Gefängnis entstand ihre berühmte „Junius-Broschüre“.

1918 gründete sie mit Karl Liebknecht die „Rote Fahne“ und wird in einem illegalen Quartier zusammen mit Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck verhaftet und in das Hauptquartier der Gardeschützendivision verbracht. Gedungene Mörder und Landsknechte erschlugen sie am 15. Januar 1919. Die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden von der republikanischen Justiz freigesprochen. Die Reaktion erhebt frech ihr Haupt, weil die Arbeiterschaft in sich uneins und gespalten war. Wie für die heutige Zeit geschrieben sind die Worte ihrer Junius-Broschüre:

Das Ziel seiner Reise, seiner Befreiung, hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.“

Notwendiger denn je ist für die deutsche Arbeiterklasse heute diese Selbsterkenntnis. Das Beispiel und der Opfertod Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg verpflichten uns, für die von ihnen vorgezeichneten Ziele zu kämpfen und aus den Irrtümern der Vergangenheit die einzig richtige Lehre zu ziehen.

Nie wieder darf die deutsche Arbeiterschaft uneinig sein! Es wäre nur zum Nutzen ihrer Gegner und zum Schaden des ganzen deutschen Volkes! Angesichts der großen Gefahren, die uns auch heute wieder drohen, gedenken wir des Wortes von Rosa Luxemburg: „Demokratie wird nicht geschenkt, sie muß vom Volke erkämpft werden.“ Im Kampf für ein freies demokratisches Deutschland gilt es, den Feind im eigenen Land zu bekämpfen. Die Reaktion zu entmachten, Junker, Konzernherren und Rüstungskapital zu enteignen, und den Weg zu gehen, den sie uns gezeigt haben.

Karl Liebknecht, die Flamme der deutschen Revolution, Rosa Luxemburg, die Unvergessliche, der geniale Kopf der deutschen Arbeiterbewegung, sie sind nicht umsonst gestorben! Die Kommunistische Partei, die Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, sammelt die fortschrittlichsten und aktivsten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes und führt sie in den Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse, für Entmachtung der Reaktion, für den Aufbau

der deutschen demokratischen Republik und für die Schaffung der Voraussetzungen des Sozialismus.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aber bleiben uns allen, wie Karl Marx über die Helden der Pariser Kommune sagt:

„Auf ewige Zeiten eingeschreint  
in dem großen Herzen der Arbeiterklasse!“

## Ein großer Verlust für Frankreich und die Welt

Prof. Paul Langevin

Vor einigen Tagen starb in Paris im Alter von 74 Jahren einer der größten Forscher und Wissenschaftler unserer Zeit, der weltberühmte Physiker und Nobelpreisträger, Prof. Paul Langevin, Direktor der Hochschule für Physik und Chemie der Stadt Paris, Präsident der Liga für Menschenrechte.

Professor Paul Langevins Ruhm ging weit über die Grenzen seines Landes hinaus. Seine wissenschaftlichen Arbeiten zählten zu den hervorragendsten Entdeckungen der modernen Wissenschaft. Er war Dr. h. c. von über 12 Universitäten und Präsident zahlreicher internationaler wissenschaftlicher Gesellschaften. Langevin, Mitarbeiter von Pierre und Marie Curie, den Entdeckern des Radiums, war nicht nur ein hervorragender Wissenschaftler, sondern auch ein wahrer Humanist, ein aktiver Kämpfer für Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde.

Dieser hervorragende Gelehrte hatte unter den Nazis besonders schwer zu leiden und ist durch seinen aktiven Kampf gegen den Faschismus bekannt geworden. Als erster französischer Universitätsprofessor wurde er im Jahre 1940 von der Gestapo verhaftet. Sein Schwiegersohn, der berühmte Physiker Jacques Solomon, wurde ebenfalls verhaftet und von den Nazis erschossen. Die Tochter Langevins wurde nach Deutschland deportiert. 1944 gelang es Mitgliedern der französischen Widerstandsbewegung, ihm zur Flucht nach der Schweiz zu verhelfen. Er kehrte von dort nach Frankreich zurück und schloß sich als aktives Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs an, in der er nicht nur die große antifaschistische Partei des nationalen Widerstandes, sondern auch die Trägerin der fortschrittlichen Ideen erblickte. Langevin ist einer jener zahlreichen Gelehrten, die sich zum Marxismus bekennen und dieses Bekenntnis nicht nur auf bloße Beteuerungen beschränken, sondern durch unmittelbare Teilnahme am Kampf und Leben der Arbeiterbewegung bekräftigen. Als großer Kenner des dialektischen Materialismus äußerte er sich, daß er das wahre Wesen der Physik erst richtig erkannt habe von dem Tage an, als er mit der marxistischen Dialektik vertraut wurde.

Die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt betrauern gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und dem französischen Volk den schweren Verlust eines großen Dieners der Wissenschaft und der Menschheit.

## Italienische Sozialisten für Einheit

Die Mehrheit der Sozialistischen Partei Italiens erklärte unter Führung von Pietro Nenni sich für die enge Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Die Gegner der Einheit haben die Partei gespalten und sind zu einer eigenen Tagung zusammengetreten.

Diese Vorgänge zeigen, daß in Italien der größte Teil der sozialistischen Arbeiter die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und der Einheit erkannt hat. Die Gegner der Einheit scheuten sich nicht, nachdem sie in der Minderheit geblieben waren, die Sozialistische Partei Italiens einfach zu spalten.

## Aus aller Welt

London: Mißstände beim Londoner Rundfunk. Der Labourabgeordnete G. Cooper erhob im Unterhaus gegen die Rundfunkgesellschaft B. B. C. London die Anklage, daß ihre Beamten erst mit Pelzmänteln und Seidenstrümpfen bestochen werden müßten, wenn Politiker und Künstler für irgend welche Sendungen zugelassen werden wollen. Cooper erklärte sich bereit, für einige schwerwiegende Fälle Beweise zu erbringen. Die britische Regierung gab bekannt, daß eine genaue Untersuchung durchgeführt werde.

Kairo: Die Kairoer Polizei hat in den letzten Tagen rund 900 Personen verhaftet, die „die öffentliche Ordnung im Lande gefährden“.

Tokio: Der Vereinigte Rat der japanischen Lehrgewerkschaften veranstaltete auf dem Platz vor dem Kaiserpalast eine Massenkundgebung, an der 10 000 Vertreter der Lehrer aus 43 Präfekturen teilnahmen.

Chile: Der Senat von Chile billigte einen Gesetzesentwurf, wonach das Stimmrecht für die Frauen eingeführt wird.

London: Mehr als 2300 demobilisierte englische Soldaten können keine Beschäftigung finden, berichtet die Londoner Zeitung „News Chronicle“.

Washington: Der Hauptberater der Kommission zur Untersuchung „antiamerikanischer Tendenzen“, Eric Adamson, erklärte im Repräsentantenhaus, er werde dieser Kommission vor-

schlagen, Charlie Chaplin vorzuladen. Charly Chaplin steht auf der Liste von 30 Personen, die Adamson wegen ihrer „antiamerikanischen Tendenzen“ verhören will. Auch James Roosevelt, der älteste Sohn des amerikanischen Präsidenten, ist auf dieser Liste verzeichnet.

## Deutschland-Rundschau

Berlin: An die Fachkräfte, die in der Sowjetunion arbeiten wollen! An die einzelnen Organe der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland gelangen fortwährend Eingaben verschiedener Fachleute mit der Bitte um Arbeitsaufnahme in der Sowjetunion. Neben Schreiben von Fachleuten, die in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin wohnen, gehen gleichfalls viele Schreiben mit gleichen Anträgen aus München, Weiterode, Regensburg, Hamburg, Essen, St. Ingbert und aus vielen anderen Städten der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone ein.

Berlin: Wie die Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Zone bekannt gegeben hat, vertritt sie den Standpunkt, daß bei dem gegenwärtigen Lebensmittel- und Wohnungsmangel die Unterbrechung der Schwangerschaft aus sozialen Gründen zulässig ist.

Berlin: Die Zahl der Beschäftigten in der sowjetischen Besatzungszone ist von Oktober bis November 1946 um 146 000 gestiegen und beträgt

7 202 000. Insgesamt stehen 4 039 000 Männer und 3 353 000 Frauen in Arbeit.

Stuttgart: 900 000 Spruchkammerurteile. Die deutschen Entnazifizierungsgerichte in Württemberg-Baden haben bis zum 1. Dezember 900 000 Entnazifizierungsanträge bearbeitet. Sie erklärten 95,5 Prozent der bearbeiteten Fälle für „nicht belastet“, von den Belasteten wurden 95,5 Prozent als „Mitläufer“, 4 Prozent als „in geringem Maßstab belastet“ und Prozent als „schwer belastet“ bezeichnet.

Berlin: Die Frauenlöhne im Berliner Metallgewerbe sind nach Mitteilung des FDGB in 40 Firmen den Männerlöhnen angeglichen worden. Der Stundenlohn der Frauen ist dadurch auf RM 0,85 und RM 0,90 gestiegen, während Facharbeiterinnen mit RM 1,10 und RM 1,35 entlohnt werden.

Leipzig: Die an der Leipziger Universität erstmalig immatrikulierten 1232 Studenten stammen zu 30 Prozent aus Arbeiter- und Handwerkerfamilien, 37 Prozent sind unter 20 Jahre alt, 47 Prozent zwischen 20 und 25 Jahren, 16 Prozent über 25 Jahre.

Die Betriebsrätewahlen auf 104 Schachanlagen des Ruhrgebietes ergaben folgendes Bild: Es wurden gewählt: 470 Kommunisten, 404 Sozialdemokraten, 147 CDU, 41 Parteilose. Circa zwei Fünftel der Schachanlagen stehen noch aus, und im größten Teil der Betriebe der Metallindustrie finden die Betriebsrätewahlen in den nächsten 2 - 3 Monaten statt.

## Die Hintermänner der Saar-separatisten

Von Otto Groiewohl

Unter der Losung „gegen das Preußentum“ erstreben im Saargebiet Deutsche die Lostrennung von Deutschland. In den Reihen dieser separatistischen Bewegung stehen die Vertreter der großen Saarkonzerne, die mit Hitler durch dick und dünn gingen. Unter ihnen befinden sich der frühere Nazidirektor der Burbacher Hütte, Direktor Hardt vom Neunkirchner Eisenwerk, der frühere P.g. Direktor Radziewsky, der, nebenbei bemerkt, Mitglied des zentralen Säuberungsausschusses für die Industrie-, Handels- und landwirtschaftlichen Unternehmen im Saargebiet ist, ferner der Vorsitzende dieses Ausschusses, Jakob Herbert, im Dritten Reich Leiter der Ueberleitungsstelle für Feindvermögen in Metz. Auch der Saarbrückener Oberbürgermeister Dr. Heim, der während der Nazizeit Mitarbeiter des Gauleiters Bürckel war, ist ein führender Separatist.

Die saarländischen Konzernherren sind aus schnöder Profitgier bemüht, durch den Anschluß an Frankreich vor der gerechten Vergeltung für ihre Eroberungspolitik und ihren Anteil am Hitlerkrieg zu fliehen. Sie verraten dafür ihr eigenes Vaterland. Um in der Saarbevölkerung eine Stimmung für die Lostrennung von Deutschland zu erzeugen, drohen die saarländischen Separatisten, die gesamte Schwerindustrie werde die Produktion einstellen müssen, wenn das Saargebiet bei Deutschland verbleibt. Mit Schande haben sich die leitenden Körperschaften sowohl der Christlichen Volkspartei wie der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes durch ihr Eintreten für den Anschluß des Saargebietes an Frankreich bedeckt. Die Hintermänner des separatistischen Volksverrats sind die Herren der Reaktion und der Schwerindustrie des Saargebietes. Alle diese Menschen sind Verbrecher an den Lebensinteressen des Volkes.

## Bomben auf die Spruchkammer

Nazibanditen haben auf die Spruchkammer Nürnbergs Bomben geworfen. Der Spruchkammersaal wurde völlig zerstört. Die gesamte Arbeiterschaft Nürnbergs hat gegen diesen Anschlag durch einen Streik protestiert. Diese Vorgänge, wie auch die Bombenanschläge in Eßlingen und Stuttgart zeigen erneut mit aller Deutlichkeit, daß es in Deutschland noch genug Menschen gibt, die den nazistischen Ungeist in sich tragen. Es gibt noch genug Subjekte, die bereit sind, die katastrophale Politik der Hitler und Goebbels fortzusetzen und das deutsche Volk in neues Unglück zu stürzen. Die Wachsamkeit der Volksmassen gegen diese Volksverbrecher ist nach wie vor höchstes Gebot.

Jeder Deutsche muß sich darüber klar sein, daß diese Elemente deshalb eine besonders große Gefahr bilden, weil in Deutschland reaktionäre Elemente noch in wichtigen Machtpositionen sitzen. Die großen Konzernherren und die feudalen Junker sind bei uns in den Westzonen noch nicht entmachtet. Sie haben einst die Hitlerpartei finanziert und zur Macht gebracht und sie werden sich auch in Zukunft nicht scheuen, die verbrecherischen Elemente, die Bombenwerfer von heute, gegen das arbeitende Volk zu hetzen. Neben der schärfsten Bestrafung dieser terroristischen Elemente muß deshalb die endliche Durchführung der Bodenreform und die Enteignung der Kriesverbrecher gefordert werden. Nur dann werden wir vor der Wiederkehr einer faschistischen Herrschaft für alle Zeit gesichert sein.

## Kennen Sie den Arbeitsminister Kohl?

Die schaffenden Menschen von Nordwürttemberg und Nordbaden und auch die außerhalb unserer sogenannten Landesgrenzen Wohnenden werden wohl mit Staunen diese Frage vernehmen. Mit nicht geringer Verwunderung werden sie erfahren, daß der Beauftragte für die Ernährung der US-Zone, Dr. Dietrich, angeblich den Arbeitsminister Kohl nicht kennt. Auf Veranlassung der kommunistischen Landtagsabgeordneten Ritter und Boepple hatte Arbeitsminister Kohl mit dem Sekretariat des Herrn Dr. Dietrich eine Unterredung wegen der in Nordbaden vor sich gehenden Kürzung der Zuteilungen von Zulagekarten. Ministerialdirektor Kley als Vertreter des Arbeitsministers und Landwirtschaftsminister Stoß sollten teilnehmen. Bei dieser Gelegenheit konnte die Genannten die merkwürdige Feststellung machen, daß Dr. Dietrich anscheinend nur mit gleichrangigen Personen zu verkehren pflegt. Zum mindesten scheint es ihm gar nicht selbstverständlich, daß man Abgeordnete, die ihren von den Wählern erhaltenen Auftrag ernst nehmen, in dringenden Angelegenheiten ohne Umschweife empfängt.

Während Herr Dr. Dietrich den sich vorstellenden Vertreter des Arbeitsministers mit einer Geste von der Tür verwies, erwiderte er dem inzwischen eingetretenen Minister Stoß auf dessen Erklärung der Zusammenhänge: „Wer ist Kohl? Ich kenne keinen Arbeitsminister Kohl!“ Damit wurde die Tür hinter Minister Stoß geschlossen.

Es versteht sich, daß die beiden Abgeordneten wie auch Ministerialrat Kley auf das schärfste gegen dieses empörende Verhalten protestierten und es schließlich auch durchsetzten, gehört zu werden.

Man stelle sich also vor: Seit etwa einem Jahr gibt es in Nordwürttemberg-Nordbaden einen Arbeitsminister mit Namen Rudolf Kohl. Dieser kam selbstverständlich im Laufe seiner Amtstätigkeit mehrfach mit dem Ernährungsbeauftragten der US-Zone, Herrn Dr. Dietrich, in persönliche Berührung. Um so empörender ist das ebenso taktlose

wie diffamierende Verhalten des Gutsbesitzers am Bodensee gegenüber einem aus den Arbeiterkreisen stammenden Minister. Es zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Arroganz die Männer von vorgestern den jungen Vertretern einer neuen Demokratie entgegenbringen. Es zeigt aber auch, mit welcher lebensfremdem Bürokratismus Herr Dr. Dietrich die brennenden Nöte der nordbadischen Arbeiter behandelt. Er hätte sonst wohl noch wissen müssen, daß er erst wenige Tage zuvor mit Arbeitsminister Kohl in gleicher Sache eine Aussprache hatte. Ob Bürokratismus oder Klassendünkel: In jedem Falle scheint Dr. Dietrich wenig berechtigt zu sein, für sich und seine demokratische Haltung Vertrauen beanspruchen zu können.

## Für Jugendvertreter in den Betrieben

Die am Samstag, den 11. Januar, stattgefundene Konferenz der Mannheimer Jungkommunisten nahm folgende „Entschließung“ zu den Wahlen in den Gewerkschaften und Betrieben an:

In den nächsten Wochen finden die Delegierten- und Betriebsratswahlen statt. Tausende von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen wurden bei den vorigen Wahlen nicht erfaßt und hatten keine Möglichkeit, ihre Vertreter in den Betriebsrat zu entsenden. Dies ist mit die Ursache dafür, daß ein großer Teil der jungen Kollegen in den Betrieben der Arbeiterbewegung noch interesselos und fremd gegenübersteht und sich kaum um die Probleme, welche die Arbeiterbewegung bewegen, kümmert.

Die Arbeiterklasse hat gewaltige Aufgaben zu erfüllen, wenn sie verhindern will, daß die kapitalistischen Kräfte die Gestaltung Deutschlands bestimmen und wenn sie eine fortschrittliche und demokratische Entwicklung sichern will. Diese Aufgaben können aber nur dann erfüllt werden, wenn es gelingt, die große Masse der schaffenden Jugend aus ihrer Gleichgültigkeit zu wecken und zu aktiven Kämpfern für die Arbeiterbewegung zu erziehen. Groß ist die Gefahr, daß es den Kräften der Reaktion gelingt, aus der sozialen Notlage der Jugend Kapital zu schlagen, sie im Gegensatz zur Arbeiterbewegung zu bringen und damit erneut als Werkzeug für ihre dunklen und volksfeindlichen Pläne auszunützen zu können. Diese Gefahr muß von allen Arbeitern erkannt und gebannt werden.

Die älteren Kollegen in den Betrieben haben deshalb die Pflicht, den jugendlichen Arbeitern zu helfen, sie zu beraten, sie aufzuklären über die wahren Ursachen ihrer heutigen Not und über den Kampf und die Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie dürfen in den jungen Kollegen nicht länger den „Hitlerjugendlümmel“ sehen, sondern den jungen Kameraden und künftigen Kampfgefährten für die gemeinsamen Lebensinteressen der Arbeiterklasse.

Darüber hinaus ist es Pflicht der Gewerkschafts- u. Betriebsfunktionäre, die besten jugendlichen Arbeiter zur Mitarbeit heranzuziehen. In der praktischen Arbeit wird der junge Kollege in seine Funktionen hineinwachsen und wird sich die notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse aneignen, um mithelfen zu können an der Erfüllung der großen Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung.

Deshalb rufen wir allen fortschrittlichen Arbeitern und Angestellten aus Anlaß der kommenden Betriebswahlen zu: Seid nicht länger gleichgültig der Jugend gegenüber, sondern helft ihr und gebt ihr verantwortliche Aufgaben.

In jedem Betrieb, wo genügend jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigt sind, muß bei den kommenden Wahlen ein Vertreter der Jugend als Kandidat aufgestellt und gewählt werden.

### Zur Beachtung!

Folgende Personen wurden wegen parteischädigenden Verhaltens mit sofortiger Wirkung aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen und zwar:

Morgenstern, Hermann, geboren 4. Oktober 1894, wohnhaft Mannheim, Collinstr. 20, (Mitgl.-Nr. 3160).  
Sturm, Sebastian, geb. 20. Januar 1904, wohnhaft Mannheim-Käfertal, Reihersstraße 26 (Mitgl.-Nr. 850).  
Sturm, Barbara, geb. 2. Oktober 1906, wohnhaft Mannheim-Käfertal, Reihersstr. 26 (Mitgl.-Nr. 1328).  
Sturm, Hildegard, geb. 30. November 1923, wohnhaft Mannh.-Käfertal, Reihersstr. 26 (Mitgl.-Nr. 798).  
Mink, Walter, geb. 17. Juni 1921, wohnhaft Mannheim-Käfertal, Reihersstraße 26 (Mitgl.-Nr. 834).

Sämtliche Mitgliedsbücher oben Aufgeführter wurden eingezogen.

Kommunistische Partei Deutschlands  
Landesleitung Baden.

## Wir bitten unsere Leser

um Zuschriften  
Ratschläge  
Kritik  
Berichte  
Meinungen  
Mitarbeit!

## Gedenktage der Woche

15. 1. 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet.
16. 1. 1844 Paul Singer, bekannter Sozialdemokrat, geboren. — 1919 „Rote Fahne“ in Berlin beschlagnahmt.
17. 1. 1945 Warschau von der Roten Armee befreit.
17. 1. 1793 Ludwig XVI. zum Tode verurteilt. — 1921 Gründung der Kommunistischen Partei Italiens.
19. 1. 1689 Charles Montesquieu, französischer Denker, geboren. — 1919 Beginn der Friedenskonferenz in Paris.
18. 1. 1871 Herstellung der Reichseinheit unter preußischer Vorherrschaft.
20. 1. 1874 Hoffmann von Fallersleben gestorben.  
1943 Konrad Blenkke, Kämpfer gegen den Faschismus, hingerichtet.
21. 1. 1924 Lenin in Gorki bei Moskau gestorben.  
1870 Alexander Herzen, russ. Schriftsteller, im Exil gestorben.  
1775 Hinrichtung des russ. revolutionären Bauernführers Pugatschew.  
1872 Grillparzer gestorben.
22. 1. 1905 Blutsonntag in Petersburg. Zar läßt auf Arbeiter, ihre Frauen u. Kinder schießen.  
1729 Gotthold Ephraim Lessing geboren.  
1536 Johann v. Leyden, Knipperdolling und Krechting, Führer der religiös-kommunistischen Wiedertäufersekte, hingerichtet.  
1788 Lord Byron, englischer Dichter, geboren.
23. 1. 1945 K. Haubach, E. Plank, Nik. Groß u. a. Teilnehmer an der Verschwörung vom 20. Juli hingerichtet.

## Geschäfte mit der Not

Die große Wohnungsnot beschäftigt nicht nur alle verantwortlichen Behörden und Regierungsstellen, jeder sozial denkende Mensch fühlt sich von ihr belastet, auch wenn er nicht unmittelbar davon betroffen ist, wie z. B. ein Ausgebombter, der mit sämtlichen Familienmitgliedern in einem Kellerraum hausen muß. Erklärlicherweise wird jeder kleine Lichtstrahl freudig und hoffnungsvoll begrüßt, und es ist schon so manches durch gute Vorschläge tatkräftige Arbeit und wirtschaftliche Hilfe erreicht worden. Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn die Notlage geschäftstüchtige Finanz- und Baufachleute auf den Plan ruft, die sich weniger von sozialen Motiven als vielmehr von der Verdienst- und Gewinnchance leiten lassen.

Die Zahl der sogen. Bausparkassen usw. wird nur noch von der Zahl ihrer Plakate übertroffen, die uns an jeder Straßenecke, von jeder Latrassäule und in jedem Schalterraum ihre farbenprächtigen Verheißungen machen.

Wir fühlen uns in glücklichste Friedenszeiten zurückversetzt, wenn wir den Plakaten entnehmen können, daß es nur noch an Bauinteressenten fehlt und daß man gar nicht viel Geld zu haben braucht. Allerdings mindestens aber soviel, um zuerst einmal den Bausparkassen eine erhebliche Einzahlung machen zu können.

Wir wollen nicht abstreiten, daß sich früher einmal die Tätigkeit der Bausparkassen da und dort als vorteilhaft erwiesen hat. Jetzt müssen wir aber fragen, für was Baufinanzierung, wenn für die nächste Zukunft noch nicht einmal für die dringlichsten Instandsetzungsarbeiten genügend Baumaterialien und Arbeitskräfte zur Verfügung stehen? Für was Bausparkassen, wenn noch nicht einmal für den so ungeheuer notwendigen Wiederaufbau bzw. Neuaufbau unserer Städte die von höchster Stelle vorzunehmende Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme erfolgt ist? Ueber den privaten Neubau herrscht auf allen Gebieten noch vollständige Unklarheit, die durch die noch nicht gelöste Währungsvergrößerung wird. Es ist erklärlich, wenn sich alle die Heimat- und Obdachlosen, die Ausgebombten und Flüchtlinge, alle, an die sich die Anpreisungen der Bausparkassen wenden, an eine solche Möglichkeit wie an einen Strohhalm klammern.

Was aber aus den mit Hoffnung beglückten Opfern werden kann, zeigt uns das Geschäftsgebahren der „Augusta“. Nachdem nun viele ihrer Mitglieder durch die Nichterfüllung der gegebenen Behelfsheim-Lieferungs-Versprechungen beunruhigt sind, sieht sich die „Augusta-Baugesellschaft“ zu einem Vertragsrücktrittsangebot veranlaßt.

Die Vorschläge lauten im einzelnen:

a) Rücktritt vom Vertrag, sofortige Rückzahlung von RM 225.— Der Restbetrag von RM 125.— dient als Entgelt für die bereits erfolgten Leistungen und die entstandenen Kosten. Bei den Beträgen mit RM 800.— Einzahlungen beläuft sich der Abzug auf RM 350.— so daß RM 450.— zur Auszahlung kommen

b) Aufrechterhaltung des abgeschlossenen Vertrages, wobei sich die Bauinteressenten klar darüber sein müssen, daß weitere Geschäftskosten entstehen, die, falls sich zu einem späteren Zeitpunkt die Undurchführbarkeit der Bauten herausstellen sollte, zu einer weiteren Verminderung der Auszahlungssumme führen.

Das heißt also, wenn das Mitglied RM 800.— einbezahlt hat, werden RM 350.— für bereits geleistete Arbeiten einbehalten.

Wir Kommunisten verwerfen diese Art Geschäftspraktiken und sind entschiedene Gegner dieser Patentlösungen. Das Bau- bzw. Siedlungsproblem muß auf genossenschaftlicher Basis mit Unterstützung von Stadt und Staat auf allen Gebieten gelöst werden. Wir sind für die organisierte, geplante und kontrollierte Lösung des Siedlungsproblems und betrachten es als eine der wichtigsten sozialen Zukunftsaufgaben.

## Unter der Lupe

### Mannheim

#### Nazi-Aktivist Weiß im Ankerwerk Heuß

Der ehemalige Oberstaatsanwalt Weiß, bekannt als schwerbelasteter Nazi-Aktivist, wurde im März 1946 vom Arbeitsamt Mannheim als einfacher Maschinenarbeiter zum Ankerwerk Heuß in Mannheim „vermittelt“, ohne daß allerdings der Betriebsrat hiervon verständigt wurde.

Wie alle belasteten Nazis, versuchte er, sich vorerst einmal von dieser Arbeit durch Krankheit zu drücken, so daß sein hochwohllobliches Erscheinen erst im Oktober 1946 erfolgte. Es war absolut verständlich, daß der Betriebsrat gegen diese Einstellung des schwerbelasteten ehemaligen Oberstaatsanwalts Einspruch erhob, worauf die Betriebsleitung erklärte, daß dieser „Schwerarbeiter“ bereits schon ein halbes Jahr dem Betrieb angehöre, obwohl der Betriebsrat in der Lage ist, dokumentarisch nachzuweisen, daß Weiß erst ab Oktober der Allgemeinen Ortskrankenkasse gemeldet wurde.

Woher und auf Grund welcher Unterlage bezog dieser Nazi-Aktivist in diesem halben Jahr die Lebensmittelkarten? Trotzdem die Belegschaft, vertreten durch ihren Betriebsrat, sich weigert, mit einem solchen Nazi-Staatsanwalt zusammenzuarbeiten, weist Herr Direktor Kuhn vom Arbeitsamt den Einspruch des Betriebsrates zurück und ordnet an, daß Weiß beschäftigt werden muß.

Schlagartig wird der Vorgang verständlich, wenn man berücksichtigt, daß das Ankerwerk Heuß als Nazibetrieb unter Treuhand steht und Weiß als einfacher Maschinenarbeiter Erbe und als finanziell Mitbeteiligter eingeschmuggelt werden soll, um so in aller Ruhe auf seine Entnazifizierung zu warten.

Die mit Recht empörte Arbeiterschaft verlangt die sofortige Entfernung von Weiß und Aufklärung über die mehr als zweideutige Rolle des Arbeitsamts Mannheim.

### Karlsruhe

In Karlsruhe wurden neuerdings wieder einige Häuser geräumt, die sich in der Hauptsache im Villenviertel befinden. Unter den Betroffenen sind jedoch eine ganze Reihe von Flüchtlingen und sozial schlecht gestellten Leuten. Der Oberbürgermeister hat sich nun an die Militärregierung gewandt, um zu erreichen, daß die politisch Verfolgten und diejenigen, welche ein höheres Amt einnehmen, wie Regierungsräte, Wirtschaftsführer, höhere Beamte, Betriebsdirektoren, ihre Sachen mit herausnehmen bzw. wohnen bleiben dürfen. Er hat sich aber in keiner Weise darum gekümmert, was mit den armen Leuten geschieht. Anscheinend sind ihm die Herrschaften in höheren Beamtenstellungen wichtiger. Unter den Berücksichtigten befinden sich:

Staatsanwalt Dr. Häußer  
Vorstand der Reichsbahn Knittel  
Direktor der Fa. Kricksner, Abel  
Direktor der Fa. Sebold, Caspari, usw.

Wir fragen den Oberbürgermeister, wo seine Fürsorge für die Minderbemittelten bleibt.

### Schwetzingen

#### War Herr Gutjahr in der NSDAP?

Vieles und manches geht in Schwetzingen vor, über das man so gerne den Mantel christlicher Nächstenliebe breitet und das man in gewissen Kreisen so gerne totschweigen würde. Wir Kommunisten haben immer und immer wieder auf die unhaltbaren Zustände der Schwetzingener Verwaltungsbürokratie hingewiesen, ohne daß die Verantwortlichen sich bewegen fühlten, auch nur die geringste Abhilfe zu schaffen. Wie zwangsläufig vorauszusehen war, fand die Erregung der Schwetzingener Bevölkerung infolge der Desorganisation auf dem Wirtschaftsamt in Schimpfereien, Schlägereien und Fenstergeklirr ihren sichtbaren Ausdruck. Der Freitag (10. Januar 1947) muß als besonders schwarzer Tag bezeichnet werden. An diesem Tag befand sich unter der erregten Menschenansammlung vor dem Wirtschaftsamt eine Flüchtlingsfrau aus Danzig, welche ihrem gepreßten Herzen mit folgenden Worten Luft machte:

„Ich kann es nicht begreifen, wie der Leiter dieses Amtes, Herr Gutjahr, der doch in Danzig Langfuhr auf der Kreisamtsleitung einen schönen Posten inne hatte, nun auch in Schwetzingen wieder in leitender Stellung in einem öffentlichen Amt tätig ist.“

Wir geben dies vorläufig ohne Kommentar wieder.

Nun hat Herr Gutjahr, sowie der Bürgermeister der Stadt Schwetzingen das Wort.

### Sinsheim

#### Skandalöse Zustände in der Sinsheimer Milchzentrale Der Landrat griff ein!

Wir haben es seither stets als notwendig erachtet, die Gemeindeverwaltung auf die unhaltbaren Zustände in der Milchausgabestelle hinzuweisen und immer wieder Abhilfe gefordert. Nunmehr ergab eine überraschende Kontrolle durch den Landrat eprsonlich die hygienisch völlig unzureichende Verfassung der Ausgabestelle, die Gefahrenherde für Säuglinge und Kleinkinder offen-

sichtlich begünstigt. Daß die Fertigstellung der seit Monaten im Bau befindlichen zweiten Ausgabestelle nicht vorwärtsgetrieben wurde, dürfte nicht zuletzt auf unverantwortliche Nachlässigkeit des bisherigen Bürgermeisters Barth zurückzuführen sein. Die Ueberprüfung ergab, daß bisher mehr Milch angeliefert wurde, als die Bevölkerung auf Marken erstand. Dennoch mußten täglich viele Frauen mit Kleinkindern den Heimweg ohne Milch antreten, weil angeblich schon alles ausgegeben war. Trotz der Mehrlieferung ist seit September 1946 eine Fehlmenge von 7671 Litern Voll- und Magermilch zu verzeichnen. Weiter wurde festgestellt, daß die mit der Milchausgabe betrauten Frauen fortlaufend Vollmilch mit nach Hause nahmen und dort Butter herstellten. Nähere Untersuchungen sind eingeleitet worden. Wie der Landrat weiter verlaublich hat, wird künftig dafür gesorgt sein, daß jeder Milchbezugsberechtigte die ihm zustehende Menge erhält und durch die kommende Ausgaberegulierung unnötig lange Wartezeiten vermieden werden.

### Lauda

Ungläubiges Erstaunen und berechtigte Empörung erfüllen seit Wochen in Lauda und Umgebung die Menschen, weil die Spruchkammer Tauberbischofsheim den ehemaligen 1933er Pg. und Meister der NS-Gendarmerie Hermann Steck aus Lauda in die Gruppe der Entlasteten hineinmanövriert hat.

An Alle, die an dieser sog. Entnazifizierung als Funktionäre, als Entlastungshelfer und als vermutliche Auftraggeber verantwortlich sind, stellen wir deshalb die Fragen:

1. Warum wurde Steck, der laut Gesetz zu den Belasteten gehört, heimlich, still und leise im schriftlichen, statt im mündlichen Verfahren entnazifiziert, dem die interessierte breite Öffentlichkeit hätte beiwohnen können?
2. Ist es zutreffend, daß der eine der beiden vom Spruchkammervorsitzenden Herrn Ministerialrat a. D. Otto Zimmermann hinzugezogenen Beisitzer als Vertreter einer politischen Partei ausgegeben wurde, obwohl er überhaupt keiner Partei angehört?
3. Wie konnte die Spruchkammer den 1933er Pg. Steck zum Entlasteten erklären, da ihr u. a. in schriftlicher Form folgendes Belastungsmaterial zugeleitet worden war:
  - a) daß Steck als Gendarm der Nazis über seinen dienstlichen Auftrag hinaus nicht nur politische Verhaftungen vorgenommen hat, sondern als Liebediener der Gestapo von sich aus noch weiteres Belastungsmaterial gegen verhaftete Antifaschisten bei deren persönlichen Feinden aus hinterhältiger Berechnung hausiert hat?
  - b) Daß Steck noch vor Erlass eines Haftbefehls Verhaftungen wegen Vergehens gegen das berüchtigte Heimtückegesetz vorgenommen hat? (In einem Falle soll diese Steck'sche Justizbüttelei sogar dem Nazi-Sondergericht Mannheim zu Eigentum gewesen sein, so daß es nach wenigen Tagen bereits die Haftentlassung verfügte!)
  - c) Daß der Pg. Steck seine politischen Opfer nicht nur in roher, unmenschlicher Art ins Gefängnis schleifte, sondern ebenfalls über seinen eigentlichen Dienstauftrag hinaus die Verhafteten noch „weltanschaulich“ schulmeisterlich, weil sie dem Führer hinsichtlich dessen Erfolge in den Aggressionskriegen nicht dankbar seien?
  - d) Daß Steck, der Vertrauensmann der Gestapo, vom Rasse- und Siedlungshauptamt der SS mit der erzieherischen und wirtschaftlichen Betreuung der SS-Waisen und SS-Witwen beauftragt war?
  - e) Daß Steck für die Gestapo kirchliche Veranstaltungen und Predigten bespitzelte?
  - f) Daß Steck jüdisches Eigentum anlässlich der Ausschreitungen gegen die Juden kofferweise nach Hause geschleppt hat?
  - g) Daß Steck noch unter der amerikanischen Besatzungsmacht Antifaschisten absichtlich fälschlich beschuldigt, diffamiert und sie aus öffentlichen Ämtern verdrängt hat? (Die Verdrängten sollen durch Pgs. ersetzt worden sein, in einem Falle soll maßgeblich der vorgenannte Ministerialrat a. D., Herr Otto Zimmermann, daran beteiligt sein!)
4. Wer ist eigentlich der „Schutzengel“ dieses Steck? Denn ohne einen solchen Schutzgeist dürfte selbst die weitherzigste Spruchkammer kein derartig anstößiges Urteil gefällt haben! Wenn Steck sich heute mit großsprecherischem Pathos auf seine Tätigkeit bei der C. und seine guten Beziehungen zur amerikanischen Militärbehörde beruft (wie er es in sehr arrogantem Benehmen auf der Redaktion tat), so dürfte dies seine Persönlichkeit schlagartig illustrieren.

### Heinsheim

In unserer Veröffentlichung vom 29. November 1946 hatten wir ausgeführt, daß der Bürgermeister von Heinsheim nach seinen Angaben die Heinsheimer Synagoge von der NSDAP gekauft haben soll. Diese Publikation hat den Synagogenbesitzer und Bürgermeister Kühner so erregt, daß er sich veranlaßt sah, uns zuerst eine „berichtigende Stellungnahme“ zuzusenden und außerdem den Justizapparat in Bewegung zu setzen. Die Begründung hierfür erblickt er darin, daß unsere Veröffentlichungen eine Beleidigung bzw. falsche Anschuldigung sei.

Wir haben bereits Herrn Kühner am 10. Dezember 1946 auf seine „Berichtigung“ geantwortet, zur mündlichen Aussprache vor der interessierten Bevölkerung zog er es am 15. Dezember 1946 vor, durch Nichterscheinen zu glänzen. Wir haben stets erklärt, daß es uns vollkommen fern liegt, den Bürgermeister von Heinsheim zu beleidigen oder ihn bloßzustellen. Für uns dreht es sich nur um die Wiedergutmachung von Unrecht, begangen unter einem Regime, an dessen Taten noch jahrzehntelang die Menschheit zu tragen hat. Und zu diesen Taten gehört auch die seinerzeitige staatlich sanktionierte Verschleuderung von jüdischem Vermögen, selbst wenn dies, wie im vorliegenden Falle bei Herrn Kühner, auf „notarieller Basis“ geschah.

Wenn es Herrn Kühner beruhigt, wollen wir gerne berichten, daß er die Synagoge nicht vom 3. Reich, sondern direkt von der jüdischen Kulturgemeinde über den Notar in Mosbach zum Spottpreise von ein paar hundert Mark „erwarb“. Schon allein der Umstand, daß dieser „rechtliche“ Erwerb knapp einige Wochen nach dem Judenpogrom erfolgte, dürfte schlagartig die Einstellung von Herrn Kühner beleuchten.

Daß Herr Kühner bis zum heutigen Tage unsere öffentlichen, wie auch privaten Fragen unbeantwortet ließ, ist für uns ein Zeichen, daß ihm dieselben anscheinend sehr unbequem sind.

### Wenkheim

Daß Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden, ist wohl eine selbstverständliche Pflicht eines jeden auch nur einigermaßen sozial eingestellten Bürgermeisters. Wenn jedoch die Unterbringung einzig und allein auf Kosten der sowieso schon Ausgebombten und Evakuierten vorgenommen wird, so ist dies eine Maßnahme, die man schlechthin nur als verwerflich bezeichnen kann. Im vorliegenden Falle handelt es sich um zwei Leute von über 70 Jahren, die als evakuierte Ausgebombte von Mannheim nach Wenkheim gekommen waren und dort ein bescheidenes Unterkommen fanden, und zwar bereits schon nach dem Mannheimer Großangriff im Jahre 1943.

Etwa August 1946 kam der jetzige Bürgermeister Steger morgens um 1/8 Uhr und verlangte, daß die beiden alten Leute bis mittags um 12 Uhr ihre Wohnung geräumt haben müßten, um eine Flüchtlingsfamilie unterzubringen. Auf eine Beschwerde der alten Frau erklärte der Flüchtlingskommissar in Karlsruhe, daß dies keinesfalls in Frage käme. Trotzdem erfolgte seitens des Landrates in Tauberbischofsheim am 12. September die Aufforderung zur Räumung mit der Begründung, das Ehepaar wäre Anhänger der NSDAP gewesen. Trotzdem nun derselbe Landrat am 7. Oktober 1946 seine Begründung widerrief, wurden am 8. Oktober die beiden alten Leute durch bewaffnete Polizei zwangsweise umquartiert. Der Grund, warum diese Ausgebombten herausgesetzt wurden, ist darin zu suchen, daß keiner der Ortsansässigen die große Flüchtlingsfamilie wollte, obwohl der Altbürgermeister Thoma, wie auch der Bürgermeister Steger und zahlreiche andere noch über genügend Platz verfügen.

Daß der zuständige Landrat Götz in Tauberbischofsheim der Schwager zu dem früheren NS-Gebietsführer Kemper, der sich noch in Haft befindet und dessen Frau zu 7 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, ist, sei nur der Komik halber erwähnt.

### Schriesheim

Wir sind weit davon entfernt, Menschen ein harmloses Tanzvergnügen und ein gutes Viertel Wein zu vergönnen, jedoch dürfte es immerhin befremdlich erscheinen, wenn die Winzergenossenschaft als Treuhänder der an und für sich beschlagnahmten Weine 2 große Fässer erstklassigen Schriesheimer anlässlich des Ballvergnügens der freiwilligen Feuerwehr in Schriesheim stiftet. Wir freuen uns absolut darüber, daß diese Feuerwehrmänner beim guten Viertel, obwohl sie selbst meist Weinbauern sind, einige fröhliche Stunden verbringen konnten. Jedoch erhebt sich für die übrige nichtweinanpflanzende und schwer um ihr tägliches Brot kämpfende Arbeiterschaft die Frage an die Winzergenossenschaft, ob nicht auch ihr ab und zu einige Faß gespendet werden könnten.

### Landshausen

Der Bäckermeister Karl Imhoff erhielt vom hiesigen Wirtschaftsamt bezw. der örtlichen Kartenstelle 9 (neun) Bezugscheine für 9 Herrenhemden, obwohl er nicht fliegergeschädigt ist und während des ganzen Krieges keinerlei Schaden erlitten hat. Ausgebombte werden meistens mit der Erklärung abgefertigt, es sei nichts da.

Wie kommt das und wer ist hier der Verantwortliche?

### Sulzbach

Auf Grund des Antrages der KPD erhalten Witwen und Witwen mit eigenem Haushalt eine Sonderzuteilung von 2 Ster Holz.

### Alle

wollen die „Badische Volksstimme“ lesen —  
Gib sie weiter!

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10 Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 50000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10, 4, 46.